

niedersachsen magazin

1/2

Januar/Februar 2024 • 86. Jahrgang

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion

Tarifabschluss für die Länder erzielt!



Seite 3 <

Großdemonstration
in Hannover

Seite 4 <

Tarifabschluss
für die Länder

Seite 5 <

Fahrradleasing



Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

zunächst möchte ich Ihnen und euch auf diesem Wege ein frohes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2024 wünschen! Wir alle haben in den vergangenen vier Jahren erleben müssen, mit immer größeren Herausforderungen und Krisen umzugehen. Es bleibt die große Hoffnung, dass wir nunmehr etwas zuversichtlicher in dieses Jahr blicken können und endlich wieder einmal mehr Normalität in unser Leben einzieht. Dafür wünsche ich Ihnen und euch alles erdenklich Gute.

Ein krisenreiches Jahr ging zu Ende

Natürlich ist nicht zu verkennen, dass die Situation für die Menschen in den aktuellen Krisengebieten, beispielsweise in der Ukraine oder im Nahen Osten, ungleich belastender und gefährlicher ist als derzeit bei uns. Trotzdem stellen wir nach wie vor auch bei vielen Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes eine Verunsicherung gegenüber der Zukunft fest und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, als Gewerkschaften und Verbände unseren Anteil daran zu haben, dass wir diesen Sorgen entsprechend begegnen und zielorientierte Abhilfe leisten können.

Hochwasser in Niedersachsen

Zunächst möchte ich aber auf ein Ereignis eingehen, welches den Jahreswechsel in Niedersachsen maßgeblich beeinflusst hat. Die Hochwassersituationen in weiten Teilen dieses Landes hat uns wieder einmal deutlich vor Augen geführt, dass es nur mit gemeinsamer Kraftanstrengung und großem Engagement möglich ist, derartige Szenarien zu bewältigen. Zahlreiche ehren- und hauptamtliche Kräfte waren in den vergangenen Tagen und Wochen im Einsatz, um die schlimmsten Auswirkungen der neuerlichen Hochwasserlage für die Bevölkerung in Niedersachsen abzuwenden. Es ist wieder einmal beeindruckend, mit welcher Einsatzbereitschaft und welchem Engagement die Menschen in diesem Land sich in den Dienst des Gemeinwohls stellen und völlig losgelöst von privaten Planungen und Verpflichtungen alles dafür tun, die Bewältigung dieser Hochwassersituation zu gewährleisten. Anders formuliert: Das Ehrenamt und der öffentliche Dienst haben wieder einmal bewiesen, dass man sich auf sie verlassen kann – dafür gilt auch unser gemeinsamer Dank, der Dank des NBB!

Tarifabschluss für die Länder erzielt

Die Sorgen und Nöte unserer Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig aber auch die beruflichen Belastungen durch zusätzliche Aufgaben, haben in der Vergangenheit deutlich zugenommen. Wir sind als NBB und als dbb immer wieder darauf eingegangen – gleichzeitig prägten die Parameter unsere Kernforderungen im Rahmen der unterschiedlichen Tarifverhandlungen des vergangenen Jahres. So freue mich natürlich nach wie vor darüber, dass es im Dezember

gelingen ist, für die Tarifbeschäftigten des Landes ein insgesamt absolut respektables Ergebnis zu erzielen.

In diesen Tagen erfolgen nunmehr die Besoldungsgespräche mit der Niedersächsischen Landesregierung über die konkrete Ausformulierung der bereits mündlich zugesagten inhaltlich und wirkungsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten, gleichzeitig auch für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.



Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

Nachdem wir die positiven Signale der Landesregierung zu einer entsprechenden Übernahme bereits im Verlauf der Verhandlungen positiv zur Kenntnis genommen haben, erwarten wir nun, dass auf diese Ankündigungen und daraus resultierenden Vereinbarungen auch eine zügige und unkomplizierte Umsetzung erfolgt.

Die Kolleginnen und Kollegen, die bereits seit fast zwei Jahren einer davongaloppierenden Inflation hinterherlaufen, brauchen schnellstmöglich den finanziellen Ausgleich und sind es leid, noch weiter auf die Ergebnisse zu warten.

Aus diesem Grunde erwarten wir als NBB eine tatsächliche Wertschätzung dahingehend, dass die Umsetzung der politischen Ankündigungen nun auch entsprechend erfolgt.

Attraktivität muss weiter steigen

Eines ist dabei weiterhin klar: Der Weg zu einer Attraktivität des Arbeitsplatzes und des jeweiligen Berufsbildes wird auch in der Zukunft weiter beschritten werden müssen. Denn angesichts der zunehmenden Zuruhesetzung der sogenannten Babyboomer-Jahrgänge werden wir dringend Personal in unseren Organisationen benötigen. Dieses geht nur mit entsprechenden Angeboten, dieses geht nur mit entsprechenden Perspektiven für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber!

Die politischen Signale haben sich zumindest in der Frage der Umsetzung des Tarifergebnisses positiv gestaltet. Hoffen wir für 2024, dass es gelingt, auch in den weiteren Problemfeldern positive Ergebnisse zu erzielen.

Ihr/euer

Alexander Zimbehl

Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Lia Napierski. **Redaktionschluss:** 11.01.2024

Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © Michael Wallmüller

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 28, gültig ab 1.1.2024.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.



Gemeinsam für Gerechtigkeit Erfolgreiche Demonstration in Hannover während der Tarif- verhandlungen für die Länder

Die Stadt Hannover wurde am 23. November 2023 zum Schauplatz einer beeindruckenden Demonstration, bei der Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern aus dem öffentlichen Dienst zusammenkamen, um für gerechte Tarifverhandlungen für die Länder zu protestieren.

Die Atmosphäre war von Solidarität und Entschlossenheit geprägt, als die Demonstrierenden ihre Forderungen nach angemessener Bezahlung und verbesserten Arbeitsbedingungen lautstark zum Ausdruck brachten.

Die Tarifverhandlungen für die Länder sind von entscheidender Bedeutung, da sie die Arbeitsbe-

dingungen und die monetären Voraussetzungen angesichts einer deutlich gestiegenen Inflation für eine Vielzahl von Beschäftigten im öffentlichen Dienst maßgeblich beeinflussen. So setzten sich gemeinsam zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus nahezu allen Berufssparten für faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ein. Die Demonstration in



Aufmarsch am Schützenplatz Hannover

Hannover wurde zu einem Symbol für den Zusammenhalt und die Entschlossenheit der Gewerkschaftsmitglieder, um ihre berechtigten Anliegen durchzusetzen.

Über 2.300 Menschen versammelten sich

Der Demonstration vor dem Finanzministerium in Hannover

war lautstark, bunt und vielfältig. Transparente mit Forderungen nach gerechten Löhnen und einem Ende der prekären Beschäftigungsverhältnisse dominierten das Bild. Die Demonstrantinnen und Demonstranten skandierten ihre klaren Forderungen, die den gemeinsamen Willen nach einer gerechten Entlohnung und Anerkennung deutlich machten. Die ein-



Volker Geyer spricht zu den Demonstrierenden.



Jubel der Demonstrierenden bei den Kundgebungen

Der Schiffgraben wurde für die Demonstration voll gesperrt.





drucksvolle Teilnehmerzahl von über 2.300 Menschen verdeutlichte, dass die Beschäftigten in Niedersachsen im öffentlichen Dienst geschlossen hinter ihren Forderungen stehen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende und dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, erklärte, gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst bedeuten nicht nur eine angemessene Wertschätzung für die dort Beschäftigten, sondern tragen auch zu einer stabilen und funktionierenden öffentlichen Verwaltung bei. Alexander Zimbehl, Landesvor-

sitzender des Niedersächsischen Beamtenbundes, betonte auf der Kundgebung die Bedeutung eines solidarischen Zusammenhalts in dieser entscheidenden Phase der Tarifverhandlungen. Er machte deutlich, dass die Forderungen der Gewerkschaften nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Gesellschaft liegen.

Die erfolgreiche Demonstration in Hannover hat nicht nur die Entschlossenheit der Gewerkschaftsmitglieder unterstrichen, sondern auch ein starkes Signal an die Arbeitgeber und die politischen Entscheidungs-



➤ Finanzminister Heere sprach ebenfalls zu den Demonstrierenden.

© Michael Walimüller

träger gesendet. Die Forderungen nach einer angemessenen Tarifierhöhung und nach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind legitim und werden von einer breiten Unterstützung getragen.

➤ Finanzminister Heere sprach ebenfalls zu den Demonstrantinnen und Demonstranten

Selbst Finanzminister Gerald Heere stellte sich den Kolleginnen und Kollegen und zeigte so Solidarität mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Man müsse einen Kompromiss finden, indem eine faire Bezahlung

Bestandteil dessen sei, so Heere zu den lautstarken Demonstrantinnen und Demonstranten.

Die Gewerkschaftsmitglieder sind bereit, weiterhin für ihre Rechte einzustehen und notwendigen Druck auszuüben, um gerechte Bedingungen zu erreichen. Die Demonstration in Hannover war eine von vielen Aktionen eines gemeinsamen Engagements für eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Die Mitglieder sind sich bewusst, dass der Weg möglicherweise lang sein kann, aber sie sind entschlossen, diesen gemeinsam zu gehen.



➤ Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des NBB

© Naplarski

Tarifverhandlungen der Länder im öffentlichen Dienst Tarifabschluss für die Länder erzielt

Die kürzlich abgeschlossenen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder haben bedeutende Veränderungen für die Beschäftigten in diesem Sektor mit sich gebracht. Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den öffentlichen Arbeitgebern waren intensiv und fokussierten sich auf spezifische Aspekte, die die Arbeitsbedingungen der Bediensteten betreffen.

➤ Gehaltserhöhungen im Fokus

Ein zentraler Punkt der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst war die Frage der monetären Verbesserungen, also der jeweiligen Gehaltserhöhungen.

Kernforderung der Gewerkschaften und wesentlicher Teil des Tarifabschlusses war es daher, die Gehälter der Landesbediensteten an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen. Insbesondere zur Verbesserung der Situation der unteren

Einkommensgruppen war es dabei ein zentrales Anliegen, durch Schaffung eines Sockelbetrages insbesondere in diesem Segment für Entspannung zu sorgen. Die prozentualen Steigerungen variierten je nach Berufsgruppe, doch insgesamt können die Beschäftigten mit einer spürbaren Verbesserung ihrer finanziellen Situation rechnen.

➤ Die wesentlichen Eckpunkte der Einigung

➤ Ein steuer- und sozialabgabenfreier Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro (stufenweise Auszahlung ab Dezember 2023).

➤ Ab dem 1. November 2024 Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 Euro (Sockelbetrag) und ab dem 1. Februar 2025 um 5,5 Prozent (Anpassung des Erhöhungsbetrags auf 340 Euro, wo dieser Wert nicht erreicht wird).

➤ Ausbildungs- und Praktikantentgelte werden zu den gleichen Zeitpunkten um insgesamt 150 Euro erhöht.

➤ Vertragslaufzeit: 25 Monate.

➤ Arbeitszeitregelungen und Flexibilität

Neben den finanziellen Aspekten wurden auch Arbeitszeitre-

gelungen intensiv diskutiert. Die Einführung flexiblerer Arbeitsmodelle und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie standen im Mittelpunkt. Hierbei ging es nicht nur um die Anzahl der Wochenarbeitsstunden, sondern auch um innovative Ansätze, um den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden.

➤ **Ausblick und Herausforderungen**

Die Ergebnisse der Tarifverhandlungen werden unterschiedlich bewertet. Während die Gewerkschaften die erzielten Verbesserungen als wichtigen Schritt hin zu faireren Arbeitsbedingungen sehen, äußern einige öffentliche Arbeit-

geber Bedenken über die finanziellen Auswirkungen auf ihre Haushalte.

Der Ausgang der Verhandlungen im öffentlichen Dienst spiegelt die Dynamik und die Herausforderungen einer modernen Gesellschaft wider. Die getroffenen Vereinbarungen sollen nicht nur die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigen, sondern auch die Stabilität und Effizienz des öffentlichen Sektors gewährleisten.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die neuen Tarifabschlüsse auf die Motivation, Produktivität und Zufriedenheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auswirken werden. Die Tarifver-



© Friedhelm Windmüller

➤ ddb Chef Ulrich Silberbach (2. von links) stellte am 9. Dezember 2023 gemeinsam mit den Verhandlungspartnern die Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst der Länder den Vertreterinnen und Vertretern der Medien vor.

handlungen sowie die wirkungs- und inhalts-gleiche Übernahme auf die Landesbeamten markieren einen wichtigen

Schritt auf dem Weg zu einer ausgewogenen und gerechten Arbeitswelt im öffentlichen Sektor Deutschlands. ■

Niedersachsen sattelt auf Mit Fahrradleasing in Richtung Mobilitätswende

➤ **Niedersachsen zum Fahrradland Nr. 1**

Das Fahrrad ist für viele Strecken das beste Verkehrsmittel. Es hält gesund, spart Kosten, verursacht bei seiner Nutzung keine Emissionen und benötigt wesentlich weniger Fläche als der Autoverkehr. Gleichzeitig ist die Fahrradnutzung ein zentraler Bestandteil der Mobilitätswende, dessen Förderung in den nächsten Jahren noch stärker in den Mittelpunkt der Verkehrspolitik gestellt werden muss. Politisches Ziel ist es, den Anteil des Radverkehrs im Gesamtverkehr von heute 15 Prozent auf mindestens 25 Prozent bis spätestens 2030 zu steigern und Niedersachsen zum Fahrradland Nr. 1 weiterzuentwickeln.

➤ **Auch finanzielle Anreize sollen gesetzt werden**

Gegenwärtig zeichnet sich in der Gesellschaft ein Wandel bezüglich der bevorzugten Mobilitätsformen im Alltags- und Berufsverkehr ab. Mit dem Ausbau der landesweiten Radinfrastruktur wird in den nächsten

Jahren das Potenzial, insbesondere in Stadt-Umland-Beziehungen, erweitert und der Umstieg von motorisierten Pendlerverkehren auf das Fahrrad wesentlich attraktiver. Doch neben der Infrastruktur sollen auch die individuellen, finanziellen Anreize verbessert und die Einführung einer Dienstfahrradregelung für den öffentlichen Dienst in Niedersachsen zügig umgesetzt werden.

Das Land soll mit gutem Beispiel vorangehen und zeitnah die gesetzliche Grundlage dafür schaffen, dass den über 150.000 Beamtinnen und Beamten ein attraktives Fahrradleasingangebot gemacht werden kann. Neben den positiven Beiträgen für die Gesundheit und den Klimaschutz stärkt das Angebot auch die Rolle Niedersachsens als attraktiven Arbeitgeber gegenüber der Privatwirtschaft, den Kommunen und benachbarten Bundesländern. Hierbei soll nicht erst auf eine etwaige Regelung der Tarifparteien im Rahmen des TV-L gewartet, sondern mit richtungsweisendem Beispiel für unsere Beamtinnen

und Beamten vorangegangen werden.

➤ **Schleswig-Holstein macht es vor**

So hat zwischenzeitlich Schleswig-Holstein im September 2022 sein Fahrradleasingmodell für Beamtinnen und Beamte erfolgreich an den Start gebracht und die Tariföffnung zwischen IG Metall Küste und Nordmetall im Sommer 2022 rund 130.000 norddeutschen Beschäftigten

erstmals die Option auf ein Dienstradleasing per Entgeltumwandlung ermöglicht.

Um die Attraktivität kostengünstiger, gesünder und klimaneutraler Mobilität noch weiter zu steigern, gab die Landesregierung dem Landtag zu folgenden Punkten folgende Informationen:

Die Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen forderte mit Drs. 19/312, einen Ent-



wurf zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes (NBesG) vorzulegen, damit vom Dienstherrn geleaste Dienstfahrzeuge, Pedelecs und E-Bikes für die Beamtinnen und Beamten sowie für die Richterinnen und Richter in Niedersachsen im Rahmen einer Entgeltumwandlung zur privaten Nutzung überlassen werden können.

Hierzu antwortete die Landesregierung, dass sich der Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes (NBesG) bereits im parlamentarischen Verfahren befinden habe (Drs. 19/2231). Dieser wurde durch die Regierungsfaktionen in der Plenarsitzung am 13. September 2023 eingebracht und genehmigt.

■ **NBesG wurde bereits angepasst**

Mit dem vorliegenden Entwurf zur Änderung des NBesG wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, mit der vom Dienstherrn geleaste Fahrräder im Sinne des

§ 63 a der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) für die Beamtinnen und Beamten sowie für die Richterinnen und Richter in Niedersachsen im Rahmen einer Entgeltumwandlung zur privaten Nutzung überlassen werden können.

Die Leasingrate, die Prämie einer abgeschlossenen Vollkaskoversicherung sowie die Kosten regelmäßiger Inspektionen werden bei diesem Modell durch den Dienstherrn von der Besoldung einbehalten, müssten von den Bediensteten jedoch selbst getragen werden. Eine Zuschussgewährung ist in dem Gesetzentwurf nicht vorgesehen.

Die monatlichen Leasingraten (nebst Versicherungsbeiträgen und Kosten der Inspektionen) mindern im Wege der Entgeltumwandlung den steuerpflichtigen Bruttoarbeitslohn, sodass die Bediensteten vom Steuervorteil der Entgeltumwandlung profitieren. Der sich dadurch ergebende steuerliche Vorteil er-

rechnet sich anhand der individuellen Steuerklasse und der Höhe des jeweiligen Bruttolohns und kann daher nicht allgemein beziffert werden.

Ebenfalls sollte laut Mitteilung des Landtags ein entsprechend attraktives Fahrradleasingmodell für die Landesverwaltung eingeführt werden und für die Durchführung, analog den Best-Practice-Erfahrungen anderer Bundesländer, ein Dienstleister beauftragt werden.

■ **Leasingpartner muss nun gefunden werden**

So teilte der Niedersächsische Landtag ferner mit, dass das Fahrradleasing mit einem Leasingpartner abgewickelt wird, der in einem Ausschreibungswettbewerb ermittelt wird. Die Ausschreibung wird derzeit durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung vorbereitet, mit der Durchführung des Vergabeverfahrens soll das Logistik Zentrum Niedersachsen beauftragt

werden. Hier ist es von der Ausschreibung und dem Leasingpartner abhängig, wie das Angebot und damit die Ausführung des Leasings in der Praxis aussehen.

Das Fahrradleasing für Beamtinnen und Beamte gibt es bereits in einigen anderen Ländern. Zum 1. Januar 2023 ist in Baden-Württemberg zudem der Tarifvertrag „Radleasing BW“ in Kraft getreten, der es künftig auch Tarifbeschäftigten ermöglicht, vom Fahrradleasing zu profitieren.

Die Tarifverhandlungen für den Bereich des öffentlichen Dienstes der Länder sind bereits abgeschlossen. Da innerhalb der Tarifverhandlungen keine Regelung bezüglich eines Dienstfahrradleasings getroffen wurde, wird nun auf landesbezoglicher Ebene eine Lösung angestrebt.

Quelle: Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 19/312 Beschluss des Landtages vom 22. Februar 2023 – Drs. 19/635

Aktuelles aus unseren Mitgliedsgewerkschaften

■ **BDF**

Neue Forstwirtschaftsmeister braucht der Wald – Meisterprüfung erfolgreich bestanden

Seit Januar 2023 stellen sich gelernte Forstwirte einem anspruchsvollen Vorbereitungslehrgang. Dieser wurde gemeinsam von den Bildungszentren in Magdeburgerforth (Sachsen-Anhalt) und Münchhof durchgeführt und dauerte inklusive der drei Prüfungsteile insgesamt 21 Wochen. Am 5. Dezember bestanden nun 18 Forstwirte den letzten Prüfungsteil zum Meister. Ihre Arbeitgeber sind große Forstbetriebe wie die Niedersächsischen Landesforsten (NLF), der Landesforstbetrieb und das Landeszentrum Wald Sachsen-Anhalt, der Nationalpark Harz



➤ 18 Forstwirtschaftsmeister erhielten im Niedersächsischen Forstlichen Bildungszentrum in Münchhof ihre Prüfungsurkunden.

sowie kommunale Forstbetriebe, wie Hamburg und Göttingen. Während des Lehrgangs, der in Blöcken von zwei bis drei Wochen untergliedert ist, hatten

sich die Teilnehmenden in den Teilbereichen „Produktion und Dienstleistungen“, „Betriebs- und Unternehmensführung“ sowie der „Berufsausbildung und

Mitarbeiterführung“ weitergebildet.

Nach rund 650 Stunden wechselweisen Unterrichts in Magde-

© Landesforsten



burgerforth und in Münchehof sind sie zu einem breiten und verantwortungsvollen Einsatzbeziehungsweise Arbeitsspektrum für die Arbeit in Wald oder grünen Berufen bei Kommunen und forstlichen Dienstleistern befähigt. Die Vorbereitung auf den Prüfungsteil „Berufsausbildung und Mitarbeiterführung absolvierten die Waldfachleute in einem dreiwöchigen Kurs im Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide/Heimvolkshochschule Barendorf e. V.

➤ Steigende Nachfrage wird registriert

Innerhalb des abgelaufenen Jahres haben sich die Teilnehmenden drei schriftlichen und vier praktischen Prüfungen gestellt. Elke Rather, von der zuständigen Landwirtschaftskammer Niedersachsen, die die aufwendigen Prüfungen organisiert, zeigt sich zufrieden. „Die Fortbildungsprüfung zum Forstwirtschaftsmeister erfreut sich großer Beliebtheit. Wir registrieren eine steigende Nachfrage und freuen uns als zuständige Stelle über den erfolgreichen Jahrgang.“

➤ Forstwirtschaftsmeister bilden Nachwuchskräfte aus und sichern den Generationenwechsel im Wald

„Unsere Meister übernehmen häufig die betriebliche Ausbildung der angehenden Forstwirte in den Forstämtern der NLF“, bescheinigt Klaus Jänich einen künftigen Einsatzbereich als Forstwirtschaftsmeister. Der Vizepräsident der NLF sieht in der Fähigkeit zur Ausbildung eine Schlüsselkompetenz: „Besonders bei dem derzeitigen Generationswechsel und der Gewinnung von Nachwuchskräften im Wald sehe ich den Meisterbrief als wichtige Kompetenz. Weiterhin können die Meisterinnen und Meister mit dem erfolgreichen Abschluss Arbeitsteams koordinieren und leiten sowie Management- und Projektaufgaben im Forstbe-

trieb übernehmen“, ergänzt der Forstmann Klaus Jänich, der in den NLF die Waldarbeit und Forsttechnik verantwortet.

➤ Prüfung qualifiziert auch für eine Fachschule oder Universität

Neben den beiden Bildungszentren in Magdeburgerforth (Sachsen-Anhalt) und Münchehof (Niedersachsen) waren die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt, die Forstsaatgutberatungsstelle und weitere Referenten an der abwechslungsreichen Fortbildung beteiligt. So wurden neben „klassischen“ Themen, wie Bestandsbegründung, Bestandspflege sowie Holzernte auch Projekte im Bereich Naturschutz und Verkehrssicherung durchgeführt.

Die Prüfung befähigt zu einem breiten und verantwortungsvollen Einsatzbeziehungsweise Arbeitsspektrum. Darüber hinaus eröffnet dieser qualifizierte Prüfungsabschluss die Möglichkeit, ein Studium an einer Fachhochschule beziehungsweise einer Universität zu absolvieren.

Quelle: BDF

➤ DSTG

Neuer DSTG-Podcast: Tarifergebnis 2023 unter anderem mit Alexander Zimbehl



Entdecken Sie den neuesten Podcast der Deutschen Steuer-Gewerkschaft – diesmal im Fokus: das Tarifergebnis der Länder 2023. Hören Sie kostenfrei, indem Sie den QR-Code scannen oder auf die Homepage der DSTG gehen. Alexander Zimbehl teilt als Gast spannende Einblicke.



➤ PHVN

Rabbow zu PISA 2022: „Erwartbar erschreckende Ergebnisse –

Ruhe bewahren und richtige Konsequenzen aus der PISA-Studie ableiten“



Der Vorsitzende des Philologenverbandes Niedersachsen, Dr. Christoph Rabbow, nennt die veröffentlichten PISA-Ergebnisse erschreckend, sie seien aber erwartbar gewesen. „Wen die Ergebnisse der PISA-Studie ernsthaft überraschen, der hat Schule in den letzten drei Jahren nicht von innen gesehen. Trotz der überall in Schule herrschenden Mangelwirtschaft ist es gelungen, den Anteil der Schülerinnen und Schüler in den niedrigsten Kompetenzstufen in allen Kompetenzbereichen unter dem OECD-Durchschnitt zu halten. Während es für die Naturwissenschaften noch einigermaßen glimpflich ausgegangen ist, müssen uns die Misserfolge in Mathematik und in der Lesekompetenz ernsthaft besorgen. Gerade noch durchschnittliche Ergebnisse sind beunruhigend, und der Abstieg in die untere Liga ist vorprogrammiert, wenn wir jetzt nicht gegensteuern“, stellt Rabbow fest.

➤ Mehr Anstrengungen für den Bildungsbereich ab der frühkindlichen Bildung

„Bereits die Ergebnisse aus der IGLU- und der IQB-Studie haben uns vor Augen geführt, dass ein Teil der Schülerinnen und Schüler aufgrund nicht ausreichender Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen abgehängt wird. Die Grundschüler von heute sind die PISA-Prüflinge von morgen. Fehlen die nötigen Grundkompetenzen, ist ein Scheitern in der nächsten OECD-Leistungstudie vorprogrammiert und der Bildungsweg junger Menschen führt ohne Umkehr in eine Sackgasse. Das müssen wir verhindern, damit diese Kinder später am gesellschaftlichen Leben teilhaben können“, so Rabbow weiter.

Eine gezielte Sprachförderung beginne in der frühkindlichen Bildung. Bereits im Kita- und Vorschulbereich müsse durch verpflichtende Tests zur Ermittlung des jeweiligen Sprachstands Vorsorge getroffen werden, dass die Unterrichtssprache Deutsch mit dem Eintritt in die Grundschule beherrscht werde. Die Grundfähigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens seien die Schlüsselkompetenzen zur Bildung. Sie müssten nach der vierjährigen Grundschulzeit abrufbar sein, da sie die Garanten für den Erfolg in den weiterführenden Schulen darstellen.

➤ Zu viele Freiräume können schnell zum Eigentor werden, Frau Ministerin!

Niedersachsen brauche jetzt keine Debatten über die Struktur von Schule oder die der Lehrkräfteausbildung, über das Lernen im eigenen Takt oder die Diskussion um das Für und Wider von Berichtszeugnissen oder Ziffernnoten. Es sei notwendig, Ruhe ins System zu bringen und die richtigen Ableitungen aus der IGLU-, PISA-, und IQB-Studie zu ziehen, um im Jahr 2024 im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler einen Neustart hinzulegen.

„Wir müssen nach den Krisen endlich wieder Lust auf mehr Leistung verspüren! Zu viele Freiräume können schnell zum Eigentor werden, Frau Ministerin“, appelliert Rabbow an Kultusministerin Julia Willie Hamburg. Es gelte, individuelle Lernrückstände abzubauen sowie Wissens- und Kompetenzerwerb aufzubauen. Das gehe nur, wenn der Fachunterricht absolute Priorität hat und Lehrkräfte von unterrichtsfernen Aufgaben befreit werden. „Die aktuellen Ergebnisse von PISA 2022 offenbaren die Lücken in den fachlichen Leistungen der Lernenden. Nur gut ausgebildete Fachlehrkräfte können diesen Trend umkehren! Wir brauchen mehr und konsequent nach Schulformen ausgebildete Lehr-



kräfte, die ihre Fächer beherrschen. Dazu müssen die Fachwissenschaften in der ersten Phase sowie die Fachdidaktik und -methodik in der zweiten Phase der Lehrkräftebildung erkennbar gestärkt werden. Erst dann erzielen wir bildungspolitisch wieder Tore und spielen zukünftig wieder oben mit“, so der Vorsitzende des PHVN.

Quelle: PHVN

DPVKOM

Postrechtsmodernisierungsgesetz muss noch nachgebessert werden!



Am 20. Dezember 2023 hat das Bundeskabinett den vom Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz vorgelegten Entwurf eines Postrechtsmodernisierungsgesetzes beschlossen. Dieser Gesetzentwurf beinhaltet zahlreiche Neuregelungen hinsichtlich des Universaldienstes und des Wettbewerbs in der Post- und Paketbranche. Davon betroffen sind natürlich auch die Arbeitsbedingungen in der Branche insgesamt, insbesondere bei der Deutschen Post. Aus Sicht der Fachgewerkschaft DPVKOM muss dieser Gesetzentwurf an mehreren Stellen dringend nachgebessert werden.

Änderung der Brieflaufzeiten

So bemängelt die DPVKOM unter anderem die geplante Verlängerung und Verschlechterung der Brieflaufzeiten. Künftig sollen Standardbriefsendungen in der sogenannten Grundversorgung (Universaldienst) zu 95 Prozent am dritten Werktag und zu 99 Prozent am vierten Werktag beim Empfänger ankommen. Aktuell müssen Briefe im Jahresdurchschnitt mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent am folgenden Werktag und zu 95 Prozent am zweiten Werktag nach Einwurf den Kunden erreichen. Die DPVKOM-Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus hierzu: „Diese Ver-

schlechterung der Dienstleistung für den Kunden führt in letzter Konsequenz dazu, dass Arbeitsplätze bei der Deutschen Post gefährdet werden. Eine Verlängerung der Laufzeiten trägt zwar zur Kostenersparnis für das Unternehmen bei, wird aber keinesfalls zu einer Arbeitserleichterung für die Zusteller führen.“ Aus diesem Grund spricht sich die DPVKOM für eine Beibehaltung der bisherigen gesetzlichen Vorgaben aus und nimmt die Deutsche Post in die Pflicht, endlich mehr Personal zu guten Arbeitsbedingungen einzustellen.

Pakete ab 20 kg nur noch zu zweit

Weiterhin wird von der Fachgewerkschaft DPVKOM kritisiert, dass Pakete mit einem Einzelgewicht von mehr als 20 Kilogramm auch weiterhin nur von einer Person zugestellt werden sollen, wenn es geeignete technische Hilfsmittel für die Zustellung gibt. Im Interesse des Arbeits- und Gesundheitsschutzes muss hier nachgebessert werden. Die DPVKOM fordert, dass Pakete über 20 Kilogramm generell durch zwei Personen zugestellt werden. Das muss dann für alle Anbieter von Postdienstleistungen gelten.

Auch die Tatsache, dass die Lizenzpflicht für die Beförderung von Briefdienstleistungen zukünftig durch ein digitales Marktzugangsverfahren und eine entsprechende Registrierung bei der Bundesnetzagentur ersetzt werden soll, stößt auf Unverständnis der DPVKOM. Für die DPVKOM ist eine Lizenzpflicht mit strikten Vorgaben für die Briefbeförderung und für die Kurier-, Express- und Paketbranche (KEP) unabdingbar. Die geplante Neuregelung reicht nicht aus, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Positiv betrachtet die DPVKOM hingegen, dass Auftraggeber ihre Subunternehmer regelmäßig nach festgelegten Kriterien

überprüfen müssen. Die Einhaltung dieser gesetzlichen Vorgabe muss dann auch entsprechend kontrolliert werden.

Quelle: DPVKOM

vbob

Ohne Ehrenamt keine Gesellschaft



Am Tag des Ehrenamtes gilt unser Dank allen Menschen, die in Deutschland durch ihr ehrenamtliches Engagement dazu beitragen, der Gesellschaft den solidarischen Zusammenhalt zu ermöglichen. Dabei gilt heute in Anbetracht des Erstarkens radikaler Kräfte unser Dank insbesondere all denen, die durch ihren Einsatz dafür Sorge tragen, dass Menschen nicht falschen Vorstellungen und Idealen hinterherlaufen. Ehrenamtliches Engagement in vielen Bereichen der Gesellschaft, wie Bildung und Erziehung, Betreuung, Versorgung und Pflege, Rettungswesen und Feuerwehren, Kultur und Sportvereinen und noch viele weitere mehr, prägt eine Gesellschaft und deren Kultur des Miteinanders und der Solidarität. Die Bedeutung des Ehrenamtes und die Sinnhaftigkeit des Einsatzes an viele Menschen zu vermitteln, ist daher eine bedeutende Zukunftsaufgabe.

THW bundesweit über 85.000 ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger

Bundesvorsitzender Frank Gehlen dazu: Auch in der Bundesverwaltung erfahren wir gesellschaftliches Engagement im Ehrenamt. Die beispielsweise beim Technischen Hilfswerk (THW) bundesweit über 85.000 ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger machen staatliche Unterstützung im Katastrophenfall vor Ort erst möglich. Viele Mitglieder des vbob sind neben ihrem Staatsjob privat in Feuerwehren, THW, Rettungsdiensten und vielen anderen Vereinen zum Wohle und Erhalt der Gesellschaft aktiv.

Auch die vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte verdankt ihren Erfolg dem unermüdlichen und ehrenamtlichen Einsatz von Beschäftigten der Bundesverwaltung. Sie setzen sich als Mitglieder des vbob für die Beschäftigungsbedingungen der Menschen in der durch vielfältige Aufgaben geprägten Bundesverwaltung ein.

Unsere Wertschätzung und unser Dank gilt allen ehrenamtlich Tätigen daher nicht nur an diesem Tag. Wir wissen, dass ohne Ehrenamt ein Miteinander, eine Gesellschaft nicht denkbar sind und wir tragen alle gemeinsam als Teil der Gesellschaft Verantwortung!

Quelle: vbob

GeNi

Maßregelvollzug Niedersachsen ab Januar 2024:

Erhöhung der Vollzugszulage auf 180 Euro/Monat!



Die monatliche Vollzugszulage für die Beschäftigten im Maßregelvollzug wird ab Januar 2024 auf 180 Euro erhöht. Das ist aktuell mit dem Haushaltsbegleitgesetz durch den Niedersächsischen Landtag beschlossen worden.

„Die Beharrlichkeit der GeNi zahlte sich letztlich aus“, erklärt Jens Schnepel, GeNi-Vorsitzender. Am Rande von Landtagssitzungen in Hannover haben Vertreterinnen und Vertreter der GeNi immer wieder das Gespräch mit den Landtagsfraktionen gesucht und SPD, Grüne und CDU auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Zulage hingewiesen.

„Zwar wird die Vollzugszulage mit anderen Zulagen verrechnet, doch durch die Erhöhung bleibt jetzt endlich auch etwas bei den Tarifbeschäftigten im Maßregelvollzug hängen!“, so Schnepel weiter. „Das war bisher kaum der Fall.“

Quelle: GeNi